
Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 10. bis 13. Dezember 2018

Preisverleihung: Oleh Senzow erhält Sacharow-Preis 2018

Dem ukrainischen Filmregisseur Oleh Senzow wird auf einer feierlichen Sitzung am Mittwochmittag der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2018 verliehen.

5

Schlussabstimmung über den EU-Haushalt des nächsten Jahres

Mit der Annahme des Kompromisses zum EU-Haushalt 2019 würden die Mittel für Erasmus+, Forschung, Klimaschutz, die Bewältigung der Migration und der Jugendarbeitslosigkeit aufgestockt.

7

EU-Japan: Parlament entscheidet über bisher größtes Freihandelsabkommen

Das Parlament stimmt am Mittwoch über das Freihandelsabkommen mit Japan ab. Es wäre das größte bilaterale Handelsabkommen, das die EU je abgeschlossen hat.

9

Lebensmittelsicherheit: Risikobewertungen müssen transparenter werden

Die neuen Regeln für Risikobewertungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wurden als Reaktion auf eine entsprechende Bürgerinitiative vorgeschlagen.

11

Terrorismusbekämpfung: Abstimmung über Empfehlungen des Sonderausschusses

Am Mittwoch stimmt das Plenum über die Feststellungen und Empfehlungen des Anti-Terror-Sonderausschusses des Parlaments ab, der im September 2017 seine Arbeit aufgenommen hat.

13

Plenardebatte mit zyprischem Präsidenten Nicos Anastasiades über die Zukunft Europas

Der zyprische Präsident Nicos Anastasiades wird am Mittwoch ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattieren.

14

Brexit: Debatte zur aktuellen Lage nach Abstimmung im Unterhaus

Am Mittwoch ab 9:00 Uhr wird das Parlament die Konsequenzen der Abstimmung des britischen Unterhauses vom 11. Dezember über das Abkommen zum Austritt aus der EU erörtern.

15

Visa aus humanitären Gründen: Todesfälle vermeiden, Migration besser bewältigen

Das Parlament stimmt über einen neuen Vorschlag für ein Verfahren für Visa aus humanitären Gründen ab. Asylbewerber sollen so in die EU kommen können, ohne auf Schmuggler angewiesen zu sein

16

Europäische Arbeitsbehörde: Abstimmung über Vorlage für Verhandlungen

Das Parlament entscheidet am Dienstag über den Beschluss des Beschäftigungsausschusses, Verhandlungen mit dem Rat über die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde aufzunehmen.

18

Sozialrechtliche Bestimmungen für mobile Arbeitnehmer in der EU

Das Parlament entscheidet über den Beschluss des Beschäftigungsausschusses, Verhandlungen mit dem Rat über aktualisierte Vorschriften für mobile Arbeitnehmer in der EU aufzunehmen.

19

Debatte zum EU-Gipfel vom 13.-14. Dezember und zum Ergebnis der Euro-Gruppe

Das Parlament wird am Dienstagmorgen seine Schwerpunkte für den EU-Gipfel im Dezember und das Ergebnis der jüngsten Tagung der Euro-Gruppe erörtern.

20

Gefahren am Arbeitsplatz: Schutz vor krebserregenden Stoffen

Am Dienstag steht die Neufassung der Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer vor krebserregenden und erbgutverändernden Stoffen, einschließlich Dieselabgasen, zur Abstimmung.

21

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2018-12-10>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 10. bis 13. Dezember 2018

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [Podcasts des Wissenschaftlichen Dienstes zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

 (+32) 2 28 40924 (BXL)

 (+33) 3 881 73780 (STR)

 +32 498 98 13 45

 armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer/Plenary Editorial Coordinator

 (+32) 2 28 31141 (BXL)

 (+33) 3 881 73603 (STR)

 (+32) 498 98 33 32

 michaela.findeis@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press officer in Germany

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Preisverleihung: Oleh Senzow erhält Sacharow-Preis 2018

Dem ukrainischen Filmregisseur Oleh Senzow wird auf einer feierlichen Sitzung am Mittwochmittag der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2018 verliehen.

Senzow, der derzeit in Russland wegen des Vorwurfs der „Planung terroristischer Handlungen“ gegen das auf der Krim faktisch herrschende Regime Russlands inhaftiert ist, wird in Straßburg durch seine Cousine Natalya Kaplan und seinen Anwalt Dmitriy Dinze vertreten. Die Preisverleihung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani findet am Mittwoch um 12.00 Uhr im Plenarsaal in Straßburg statt.

Präsident Tajani wird unmittelbar nach der Preisverleihung um 12:30 Uhr eine Pressekonferenz abhalten.

Verfolgen Sie die Preisverleihung auf [EP Live](#) und [EbS+](#).

Unter den Finalisten waren auch 11 Nichtregierungsorganisationen, die im Mittelmeer Migranten retten sowie der marokkanische Aktivist Nasser Zefzafi, der Anführer der Hirak, einer Protestbewegung in Marokko.

Vor der Preisverleihung werden die Abgeordneten aus den Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten, für Entwicklung und aus dem Unterausschuss Menschenrechte am Montag, den 10. Dezember von 19.30 bis 21.00 Uhr mit den Vertretern der Preisträger diskutieren.

Hintergrundinformationen

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit, benannt nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow (1921–1989), wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament verliehen. Die Auszeichnung wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen.

Preisverleihung: Mittwoch, den 12. Dezember, 12:00 Uhr

Pressekonferenz: Mittwoch, den 12. Dezember, 12:30 Uhr

Weitere Informationen

- [Webseite des Sacharow-Preises für geistige Freiheit](#)
- [Sacharow-Preis: Die Finalisten](#)
- [Sacharow-Preis 2018: Die Nominierten](#)
- [Sacharow-Preis 2018](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Sacharow-Preis 2018](#)
- [Frühere Preisträger](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Schlussabstimmung über den EU-Haushalt des nächsten Jahres

Mit der Annahme des Kompromisses zum EU-Haushalt 2019 würden die Mittel für Erasmus+, Forschung, Klimaschutz, die Bewältigung der Migration und der Jugendarbeitslosigkeit aufgestockt.

Für den letzten EU-Haushalt dieser Legislaturperiode haben die Abgeordneten erfolgreich um eine Aufstockung der Mittel für Programme gerungen, die sie für entscheidend für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung halten. Wird der Kompromiss mit dem Rat angenommen, fließen 688,5 Millionen Euro zusätzlich (im Vergleich zum ersten Haushaltsentwurf der Kommission) in Programme wie Erasmus+ (Mobilität junger Menschen), die Jugendbeschäftigungsinitiative, Horizon 2020 (Forschung) und COSME (Unterstützung von KMU).

Einzelheiten zu diesen und anderen Haushaltsverstärkungen, z.B. in den Bereichen Klimaschutz, Bewältigung der Migrationskrise oder Unterstützung für Landwirte finden Sie in der [Pressemitteilung](#) zu der am Dienstag, den 5. Dezember mit dem Rat erzielten Vereinbarung.

Rund 94% des EU-Haushalts gehen an Bürger, Regionen, Städte, Landwirte und Unternehmen. Die Verwaltungsausgaben der EU machen etwa 6% der Gesamtausgaben aus.

Debatte: Dienstag, den 11. Dezember

Abstimmung: Mittwoch, den 12. Dezember

Verfahren: Haushaltsverfahren

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(05/12/2018\)](#)
- [Haushaltsbefugnis des Europäischen Parlaments](#)
- [Merkblatt zum Haushaltsverfahren](#)
- [EU-Kommission: Dokumente zum Haushalt 2019](#)
- [Hauptberichterstatter Daniele Viotti \(S&D, IT\) – Haushaltsplan Kommission](#)
- [Paul Rübzig \(EVP, AT\), Berichterstatter für die anderen Haushaltspläne](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU-Japan: Parlament entscheidet über bisher größtes Freihandelsabkommen

Das Parlament stimmt am Mittwoch über das Freihandelsabkommen mit Japan ab. Es wäre das größte bilaterale Handelsabkommen, das die EU je abgeschlossen hat.

Das [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan](#) öffnet den Dienstleistungssektor, schafft gemeinsame Regeln für den bilateralen Handel, gemeinsame Normen für die beiden Handelsblöcke und wird letztendlich fast alle Zölle auf Waren abschaffen. Der Wein- und Spirituosensektor der EU, der Fleisch-, Milch-, Textil- und Ledersektor, die an öffentlichen Aufträgen im Schienenverkehr interessierten Unternehmen und die KMU wären die größten Gewinner des Abkommens, das am 1. Februar 2019 in Kraft treten soll, sobald es vom Parlament und vom Rat förmlich ratifiziert wurde.

Am selben Tag wird sich das Parlament auch mit dem [Strategischen Partnerschaftsabkommen EU-Japan](#) befassen, das darauf abzielt, die Zusammenarbeit vom Handel auf andere Sektoren auszuweiten.

Hintergrundinformationen

Das am 17. Juli 2018 unterzeichnete Wirtschaftspartnerschaftsabkommen schafft einen Handelsraum, in dem mehr als 600 Millionen Menschen leben, fast ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftet wird und auf den fast 40 % des Welthandels entfallen. Auf europäische Produkte und Dienstleistungen, die nach Japan exportiert werden, werden letztendlich fast alle Zölle im Wert von rund einer Milliarde Euro jährlich abgeschafft.

Das strategische Partnerschaftsabkommen erweitert die Zusammenarbeit auf Bereiche wie Energie, Bildung, Forschung und Entwicklung, Entwicklungszusammenarbeit sowie Bekämpfung von Klimawandel und Terrorismus. Es muss von jedem EU-Mitgliedstaat vor dem Inkrafttreten ratifiziert werden.

Die Verhandlungen über ein gesondertes Investitionsschutzabkommen mit Japan zur Einrichtung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, zur Gewährleistung der Gleichbehandlung ausländischer Direktinvestitionen der EU in Japan und umgekehrt sind noch im Gange.

Debatte: Dienstag, den 11. Dezember

Abstimmung: Mittwoch, den 12. Dezember

Verfahren: Zustimmungsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, 14:30-15:00 Uhr, mit dem Berichterstatter Pedro Silva Pereira (S&D, PT), dem Vorsitzenden des Handelsausschusses Bernd Lange (S&D, DE), und der Handelskommissarin Cecilia Malmström

Weitere Informationen

- [Empfehlung zum Abschluss des Abkommens zwischen der EU und Japan über eine Wirtschaftspartnerschaft](#)
- [Entschließungsentwurf über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über eine Wirtschaftspartnerschaft](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(05.11.2018\)](#)
- [Berichterstatter Pedro Silva Pereira \(S&D, PT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Empfehlung\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Entschließung\)](#)
- [Die EU und der Welthandel - Infografik](#)
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20180703STO07132/die-eu-und-der-welthandel-infografik>
- [EU-Japan Beziehungen: Neues Handelsabkommen - neue Ära](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Lebensmittelsicherheit: Risikobewertungen müssen transparenter werden

Die neuen Regeln für Risikobewertungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wurden als Reaktion auf eine entsprechende Bürgerinitiative vorgeschlagen.

Die neuen Vorschriften sollen die Risikobewertung transparenter machen und sicherstellen, dass die Studien, die die EFSA für ihre Risikobewertung, Risikokommunikation und Verwaltung nutzt, zuverlässig, objektiv und unabhängig sind. Die Agentur sollte mit mehr Mitteln ausgestattet werden, um ihre wissenschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können.

Hintergrundinformationen

Aus der Eignungsprüfung des allgemeinen Lebensmittelrechts gingen einige Elemente hervor, die daran zweifeln lassen, dass die Behörde langfristig in der Lage sein wird, ihr hohes fachliches Niveau aufrechtzuerhalten.

Mit dem Vorschlag reagiert die Kommission auf die Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden“, insbesondere aufgrund der in der Initiative geäußerten Bedenken, dass die zur Bewertung von Pestiziden verwendeten wissenschaftlichen Studien nicht unabhängig genug und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Es ist auch eine Reaktion auf die Eignungsprüfung des allgemeinen Lebensmittelrechts, die 2014 eingeleitet und im Januar 2018 von der Europäischen Kommission abgeschlossen wurde.

Debatte: Montag, den 10. Dezember

Abstimmung: Dienstag, den 11. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(27.11.2018\)](#)
- [Berichterstatte rin Renate Sommer \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Terrorismusbekämpfung: Abstimmung über Empfehlungen des Sonderausschusses

Am Mittwoch stimmt das Plenum über die Feststellungen und Empfehlungen des Anti-Terror-Sonderausschusses des Parlaments ab, der im September 2017 seine Arbeit aufgenommen hat.

Der [Bericht](#) ruft den nächsten Präsidenten der Kommission auf, für das für die „Sicherheitsunion“ zuständige Kommissionsmitglied weiterhin ein eigenständiges Portfolio zu führen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Zusammenarbeit zu verstärken und Informationen rasch auszutauschen, wenn die Bedrohung zunimmt. Darüber hinaus sollte Europol zu einer „echten Drehscheibe“ für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung in der EU werden – gegebenenfalls mit einem stärkeren Mandat.

Die Berichterstellerinnen Monika Hohlmeier (EVP, DE) und Helga Stevens (EKR, BE) sowie die Vorsitzende des Sonderausschusses, Nathalie Griesbeck (ALDE, FR), werden am Mittwoch, den 12. Dezember um 15.00 Uhr in Straßburg eine Pressekonferenz abhalten.

Debatte: Dienstag, den 11. Dezember

Abstimmung: Mittwoch, den 12. Dezember

Pressekonferenz: Mittwoch, den 12. Dezember (15:00-15:30 Uhr)

Weitere Informationen

-

[Sonderausschuss Terrorismus \(TERR\)](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit zyprischem Präsidenten Nicos Anastasiades über die Zukunft Europas

Der zyprische Präsident Nicos Anastasiades wird am Mittwoch ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattieren.

Dies ist die vierzehnte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas. Informationen über die bisherigen Debatten [stehen hier](#).

Der spanische Premierminister Pedro Sánchez wird die Debattenreihe auf der Januar-Plenarsitzung in Straßburg fortführen.

Debatte: Mittwoch, den 12. Dezember

Pressekonzferenz: Am Mittwoch um 13:00 Uhr werden Präsident Tajani und Präsident Anastasiades eine gemeinsame Presseerklärung abgeben.

Weitere Informationen

- [Future of Europe debates](#)
- [Webseite zur Debattenserie „Zukunft Europas“](#)
- [Webseite zu Nicos Anastasiades](#)

Brexit: Debatte zur aktuellen Lage nach Abstimmung im Unterhaus

Am Mittwoch ab 9:00 Uhr wird das Parlament die Konsequenzen der Abstimmung des britischen Unterhauses vom 11. Dezember über das Abkommen zum Austritt aus der EU erörtern.

In der Debatte werden die Abgeordneten die aktuelle Lage hinsichtlich des Brexit infolge der Vereinbarung des Europäischen Rates vom 25. November bewerten und kommentieren. Bei dieser Tagung hatten sich die Staats- und Regierungschefs für das ausgehandelte Austrittsabkommen ausgesprochen, sowie eine politische Erklärung über die künftige Beziehung zum Vereinigten Königreich angenommen.

Auf der nächsten Plenartagung wird das Parlament eine entsprechende EntschlieÙung annehmen.

Debatte: Mittwoch, den 12. Dezember

Abstimmung: Januar-Plenarsitzung

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit EntschlieÙung

Weitere Informationen

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Visa aus humanitären Gründen: Todesfälle vermeiden, Migration besser bewältigen

Das Parlament stimmt über einen neuen Vorschlag für ein Verfahren für Visa aus humanitären Gründen ab. Asylbewerber sollen so in die EU kommen können, ohne auf Schmuggler angewiesen zu sein

Nach den neuen Regeln könnten Personen, die um internationalen Schutz ersuchen, ein europäisches Visum aus humanitären Gründen direkt bei jedem Konsulat oder jeder Botschaft der Mitgliedstaaten beantragen. Damit soll die Einreise in das Hoheitsgebiet der EU für den alleinigen Zweck ermöglicht werden, in dem visaausstellenden Mitgliedstaat einen Asylantrag zu stellen.

Ziel ist, Menschenschmuggel und die hohe Zahl an Todesopfern im Mittelmeer und auf anderen Migrationsrouten zu senken, aber auch die Ausgaben der Mitgliedstaaten sowie der EU für Asyl- und Strafverfolgungsverfahren, Grenzkontrollen, Überwachung sowie Such- und Rettungsaktionen zu begrenzen.

Der Berichtsentwurf fordert die Europäische Kommission auf, bis zum 31. März 2019 einen Legislativvorschlag zur Einrichtung eines europäischen Verfahrens für Visa aus humanitären Gründen vorzulegen. Um angenommen zu werden, braucht es die Unterstützung einer absoluten Mehrheit der Abgeordneten.

Abstimmung: Dienstag, den 11. Dezember

Pressekonferenz: Dienstag, den 11. Dezember um 15:00 Uhr

Verfahren: Legislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(3.12.2018\)](#)
- [Berichterstatter Juan Fernando López Aguilar \(S&D, ES\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Europäische Arbeitsbehörde: Abstimmung über Vorlage für Verhandlungen

Das Parlament entscheidet am Dienstag über den Beschluss des Beschäftigungsausschusses, Verhandlungen mit dem Rat über die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde aufzunehmen.

In dem vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am Dienstag, den 20. November [angenommenen Bericht](#) über den Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (European Labour Authority, ELA) heißt es, dass sich die ELA auf die Durchsetzung der EU-Vorschriften über die Mobilität der Arbeitnehmer konzentrieren und eine begrenzte Anzahl von Aufgaben haben sollte.

Darüber hinaus sollte die Behörde bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten über Fragen der Arbeitskräftemobilität, auch im Wege der Schlichtung, eine Lösung vermitteln und erleichtern, wenn die betroffenen EU-Länder damit einverstanden sind.

Abstimmung: Dienstag, den 11. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

- [Berichtersteller: Jeroen Lenaers \(EVP, NL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)

Sozialrechtliche Bestimmungen für mobile Arbeitnehmer in der EU

Das Parlament entscheidet über den Beschluss des Beschäftigungsausschusses, Verhandlungen mit dem Rat über aktualisierte Vorschriften für mobile Arbeitnehmer in der EU aufzunehmen.

Die vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am Dienstag, den 20. November [angenommenen modernisierten Regeln](#) zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit befassen sich schwerpunktmäßig mit der Erleichterung der Mobilität der Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Wahrung der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in grenzüberschreitenden Situationen, indem sie festlegen, in welchem System des Landes eine Person Versicherungsschutz genießt (d.h. Beitragszahlung und Leistungsbezug).

Abstimmung: Dienstag, den 11. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

- [Berichterstatter Guillaume Balas \(S&D, FR\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)
- [Weitere EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)

Debatte zum EU-Gipfel vom 13.-14. Dezember und zum Ergebnis der Euro-Gruppe

Das Parlament wird am Dienstagmorgen seine Schwerpunkte für den EU-Gipfel im Dezember und das Ergebnis der jüngsten Tagung der Euro-Gruppe erörtern.

An der Diskussion nehmen auch ein Vertreter der österreichischen Ratspräsidentschaft und der Präsident der EU-Kommission teil.

Die Staats- und Regierungschefs werden auf ihrem Gipfel vom 13.-14. Dezember über den EU-Haushalt 2021-2027 (sog. mehrjähriger Finanzrahmen) diskutieren. Auch die Vollendung des Binnenmarktes, Migration und der im Februar 2019 anstehende Gipfel mit der Arabischen Liga stehen auf der Tagesordnung. Zudem wird die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini den Aktionsplan zur Bekämpfung von Desinformation vorstellen.

Die jüngste Euro-Gruppen-Sitzung vom 3. bis 4. Dezember, die zu Fortschritten bei der Integration der Eurozone geführt hat, ist Gegenstand der zweiten Debatte.

Debatte: Dienstag, den 11. Dezember

Weitere Informationen

-

[Tagesordnung Europäischer Rat 13.-14. Dezember 2018](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Gefahren am Arbeitsplatz: Schutz vor krebserregenden Stoffen

Am Dienstag steht die Neufassung der Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer vor krebserregenden und erbgutverändernden Stoffen, einschließlich Dieselabgasen, zur Abstimmung.

Um etwa 3,6 Millionen Arbeitnehmer in der EU zu schützen, die potenziell den Abgasemissionen von Dieselmotoren (DEEE) ausgesetzt sind, ist es dem Parlament gelungen, Dieselabgase in den Geltungsbereich der neuen Vorschriften einzubeziehen und den entsprechenden Expositionsgrenzwert festzulegen.

Die neuen Bestimmungen legen für acht weitere Karzinogene (einschließlich DEEE) Expositionsgrenzwerte (Höchstkonzentration in der Luft am Arbeitsplatz) und Hinweise „Haut“ (damit wird die Möglichkeit einer erheblichen Aufnahme des Stoffs über die Haut angezeigt) fest. Die neuen Vorschriften sollten das Risiko für die Arbeitnehmer, an Krebs zu erkranken, weiter senken, was nach wie vor die Hauptursache für arbeitsbedingte Todesfälle in der gesamten EU ist.

Hintergrundinformationen

Stoffe, die in die Liste der Karzinogene aufgenommen wurden:

- Abgasemissionen von Dieselmotoren (DEEE)
- Epichlorhydrin
- Ethylendibromid
- Ethylendichlorid
- 4,4'-Methyldianilin (MDA)
- Trichlorethylen
- polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffgemische, insbesondere solche, die Benzo[a]pyren enthalten
- Mineralöle, die zuvor in Verbrennungsmotoren zur Schmierung und Kühlung der beweglichen Teile des Motors verwendet wurden.

Debatte: Montag, den 10. Dezember

Abstimmung: Dienstag, den 11. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Berichterstatterin Claude Rolin \(EVP, BE\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen](#)